

Liebe Leserinnen und Leser,

„Unter dem Eindruck der plötzlichen Häufung von Anschlügen und Amokläufen in den vergangenen Wochen ist das Sicherheitsgefühl der Bürger weiter erodiert“, stellt das Institut für Demoskopie Allensbach fest (FAZ 24. 8. 2016). Die zugrunde liegende aktuelle repräsentative Bevölkerungsbefragung zeigt ein erstaunliches Bild:

- 70 % der Befragten kalkulieren heute die Möglichkeit ein, Opfer eines Terroranschlages zu werden.
- 42 % haben sich in letzter Zeit an Orten, an denen viele Menschen unterwegs sind, aus Angst vor Anschlügen und Gewalttaten unsicher gefühlt.
- 62 % haben mittlerweile das Gefühl, dass Terror und Gewalt zu unserem Alltag gehören.
- 58 % glauben: „Wir werden nie mehr so sicher leben können wie früher.“
- 47 % sind überzeugt, dass die Terrorrisiken geringer wären, wenn Deutschland nicht so viele Flüchtlinge aufgenommen hätte.

Die Einschätzungen kulminieren in einem „Zusammenbruch des Zukunftsoptimismus“ bei 64 % der Bevölkerung, die den kommenden zwölf Monaten nicht mehr hoffnungsvoll, sondern furchtsam und skeptisch entgegensehen.

Es handelt sich – auch im Langzeitvergleich – um ein ungewöhnliches Stimmungsbild, das erklärungsbedürftig ist. Das subjektive (Angst-) Gefühl einer permanenten „Terrorwelle“ entspricht kaum den tatsächlichen Risiken bzw. der Eintrittswahrscheinlichkeit, selbst Opfer eines Terroranschlages oder einer anderen schweren Gewalttat zu werden. Lebensrisiken wie gefährliche Krankheiten oder tödliche Unfälle vor allem im Straßenverkehr sind um ein Vielfaches höher bzw. wahrscheinlicher, rangieren in der Angstbilanz aber deutlich hinter der Terrorangst (vgl. R&V-Versicherung, Die Ängste der Deutschen 2016).

Erklärungen für ein solches „Risiko-Paradoxon“ liefert beispielsweise der Psychologe Barry Schwartz, der beschreibt, dass die massiven Fehleinschätzungen von Risiken insbesondere mit Umfang und Art der Berichterstattung in den Medien korrelieren („The Paradox of Choice“). Tägliche an schockierenden Bildern des Schreckens und der Angst reiche Formate in Zeitungen, Fernsehkanälen, sozialen Medien usw. beeinflus-

sen die (Risiko-)Wahrnehmung der Menschen, die als Medienkonsumenten und konstruierten subjektiven angstbesetzten (Schein-)Wirklichkeit werden, deren Verhältnismäßigkeit in Bezug auf tatsächliche Risiken zumindest fraglich ist. Die Terroristen nutzen diesen Mechanismus. Er ist wesentlicher Teil ihres Kalküls, große Bevölkerungsgruppen in ein Klima der Angst zu versetzen.

Scheinbar folgerichtig fordert derzeit etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland, die staatlichen Sicherheitsanstrengungen deutlich zu verstärken, etwa mehr und besser ausgestattete Sicherheitskräfte mit umfassenden Handlungsmöglichkeiten, mehr Überwachung, konsequente Abschiebung, bessere Zusammenarbeit der Geheimdienste im In- und Ausland.

Infolge der aktuellen Ereignisse und dieser Stimmungsbefunde hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit geplant und vorbereitet (Neun-Punkte-Plan der Bundeskanzlerin 28. 7. 2016, Maßnahmenplan des Bundesministers des Innern 11. 8. 2016).

Politisch vernünftig sind eine nüchterne risikoangemessene Sicherheits- und Kriminalpolitik, die sich nicht von Stimmungen (verleiten lässt, sowie eine besonnene und beruhigende Kommunikation in die Bevölkerung hinein. Entschlossenes professionelles Handeln bei tatsächlichen Gefahren stärkt das Vertrauen in die staatliche Sicherheitsgewährleistung, und Prävention kann dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl zu verbessern (z. B. Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, 13. 7. 2016).

Nach wie vor sind die Städte und ländlichen Gemeinden die zentrale Umsetzungsebene präventiver Konzepte. Örtliche Präventionsgremien sollten die vielfältigen Akteure und Maßnahmen vernetzen, bündeln und koordinieren. **Maria Dzierzon** hat in ihrer **Studie über kriminalpräventive Gremien in Brandenburg** hingegen festgestellt, dass die meisten Gremien ihren formellen Rahmen abgelegt haben und der Austausch zwischen den Akteuren informell erfolgt.

Die übergeordneten Präventionsgremien auf Landesebene verstehen sich häufig als Servicestelle mit Impuls-, Vernetzungs-, Beratungs-, Transfer-, Austausch- und Unterstützungsfunktion. Sie sind nicht in Auf-

lösung begriffen, sondern werden in vielen Ländern als wichtige Knotenpunkte im Präventionsnetzwerk gestärkt. Dort ist eine wesentliche Schnittstelle zwischen **Theorie und Praxis**. Wie sich diese Gremien organisatorisch aufgestellt und verändert haben, welche Schwerpunkte sie in ihrer Arbeit setzen und welche aktuellen Projekte sie durchführen und begleiten, soll in den folgenden „fk“-Ausgaben konkret in den Blick genommen werden. Den Anfang macht der **Landespräventionsrat Niedersachsen**, den **Susanne Wolter** in ihrem Beitrag vorstellt.

Der **Deutsche Präventionstag (DPT)** markiert jedes Jahr einen Meilenstein beim Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch. In diesem Jahr bildete „Ethik“ die thematische Klammer für den DPT, wie **Henning van den Brink** berichtet. In den Bundesländern eröffnen die **landesbezogenen Präventionstage** weitere Möglichkeiten der Vernetzung, wie **Miriam El Bali** und **Sirka Geese** in ihren Berichten zu **Berlin und Brandenburg** darlegen. **Arne Feickert** berichtet zudem von **Fachkonferenzen** des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (EUCPN).

Wie die Ausschreitungen von Hooligans während der EM in Frankreich gezeigt haben, ist **Gewalt beim Fußball** nach wie vor ein aktuelles Thema für die Sicherheitsbehörden. **Gabriel Duttler** und **Patrick Bresemann** stellen Ergebnisse einer Teilstudie des **SiKom-Fan-Projekts** vor, das sich mit sicherheitsrelevanten Aspekten bei Fußballspielen beschäftigt. **Maria Walsh** gibt einen Einblick in die **Desistance-Forschung**, die den Abbruch krimineller Karrieren und die dafür relevanten Einflussfaktoren und Gelingensbedingungen untersucht. **Julia Christiani** informiert über **städtbauliche Kriminalprävention**. **Michail Logvinov** geht schließlich am Beispiel von **Studien zur Islamfeindlichkeit** auf typische Fehlerquellen bei der Erhebung und Auswertung von Bevölkerungsumfragen ein und vertieft die eingangs erörterten Zusammenhänge zwischen Stimmungen, Einstellungen sowie Haltungen und ihrer Messung.

Liebe Leserinnen und Leser, bleiben Sie bitte neugierig und engagiert, wenn es um die wichtigen gesellschaftlichen Diskurse geht, und seien Sie bitte wachsam gegenüber Risiken sowie ihrer Wahrnehmung und Einschätzung.

Herzliche Grüße
Ihr Wolfgang Kahl